

Juni 2020



Silke Gardlo

Silke Gardlo
Fraktionsvorsitzende

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit dem letzten Newsletter im Mai ist viel passiert und obwohl der politische Betrieb immer noch etwas gebremst läuft, finden wieder mehr Sitzungen mit physischer Anwesenheit statt und sind wichtige Themen, wie man so schön sagt, „in Arbeit“.

Aufgrund der Neuwahl der Finanzdezernentin fand die Regionsversammlung im Juni nicht mit einer reduzierten Anzahl an Abgeordneten statt, sondern in voller Stärke der Fraktionen und Gruppen. Das stellte in Zeiten von Corona die Sitzungsor-

ganisation vor besondere Herausforderungen, wie die Sitzordnung unschwer erkennen ließ.

Dieser Newsletter beleuchtet einige Themen der Regionsversammlung, wie die von der SPD initiierte Resolution für einen kommunalen Rettungsschirm sowie die Unterstützung für ehrenamtliche Vereine und



das künstlerische Leben in der Region Hannover. Neuigkeiten aus der Abfallwirtschaft und attraktive Maßnahmen im ÖPNV werden ebenfalls vorgestellt.

Ich wünsche viel Vergnügen beim Lesen!



Cordula Drautz als neue Dezernentin für Finanzen und Gebäudewirtschaft von der Regionsversammlung gewählt



Mit dem notwendigen Sicherheitsabstand hat die Vorsitzende der SPD-Regionsfraktion, Silke Gardlo, der in der letzten Regionsversammlung mit großer Mehrheit gewählten neuen Dezernentin für Finanzen und Gebäudewirtschaft, Cordula Drautz, gratuliert.

Die in Bonn geborene Politikwissenschaftlerin ist seit 2016 in der Leitstelle Investitionsplanung

der Abteilung Haushalt und Finanzpolitik in der Berliner Senatsverwaltung tätig.

Cordula Drautz wird im November dieses Jahres das Dezernat von Andrea Fischer, deren Amtszeit dann endet, übernehmen.

Die SPD-Regionsfraktion freut sich auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Aus der Regionsversammlung | RESOLUTION „Rettungsschirm für Kommunen“



Paul Krause | stellv. Vorsitzender der SPD-Regionsfraktion

Die nachfolgende Resolution wurde auf Initiative der SPD von der großen Koalition in die letzte Regionsversammlung eingebracht und dort beschlossen. Mit Blick auf die weltweite Pandemie werden damit Schutzmaßnahmen von Bund und Land zu Gunsten der Kommunen und deren finanziellen Handlungsfähigkeit eingefordert:

Die Corona-Pandemie stellt die Menschen in großen Teilen der Welt vor schwierige Herausforderungen. Auch in Deutschland



Die Pflichtaufgaben der Kommunen müssen erfüllbar bleiben, namentlich in den Bereichen Schule und Kita, aber auch in Bezug auf Erhaltung und Erneuerung der kommunalen Infrastruktur.

gelten weitreichende Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Viele Menschen sind in Sorge um die eigene Gesundheit und um die von Freunden/-innen und Angehörigen. Hinzu kommen Sorgen um den Arbeitsplatz sowie die wirtschaftliche Existenz.

Alle staatlichen Ebenen arbeiten mit gewaltigen Kraftanstrengungen daran, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und gleichzeitig den in besonderer Weise von der Krise und deren Auswirkungen Betroffenen zu helfen. Gerade den Kommunen kommt dabei eine Schlüssel-funktion zu. Sie leisten die konkrete Arbeit vor Ort, organisieren schnell wirksame Unterstützung und sind erste Ansprechpartnerinnen für die Menschen. Auch die Region Hannover nimmt diese Verantwortung sehr aktiv wahr.

Die Kommunen werden durch die Erfüllung dieser zusätzlichen Verpflichtungen sowie den Rückgang der Wirtschaftsleistung massiv betroffen sein. Die Steuerschätzung vom 14. Mai 2020 lässt erwarten, dass allein in diesem Jahr die bisherigen Einnahmeerwartungen der Kommunen bundesweit um mindestens 15 Mrd. Euro unterschritten werden dürften. Grob gerechnet bedeutet dies Einnahmeverluste von durchschnittlich 200 € je Einwohner/-in. Für die 21 Städte und Gemeinden in der Region wären dies mindestens 250



Es geht uns um die Entlastung von den Pandemieauswirkungen für die kommunalen Haushalte in der konkreten Situation. Wir möchten eine kommunale Corona-Rechnung aufmachen und dafür eine entsprechende Entlastung einfordern.

Mill. € an Einnahmeverlusten. In der Folge wäre auch die Region Hannover bei der Erhebung der Regionsumlage massiv betroffen. Eine Ausgleichung des Einnahmerückgangs der Region durch eine Hebesatzanhebung bei der Regionsumlage zu Lasten der regionsangehörigen

Städte und Gemeinden scheidet aus: Sie käme einem „interkommunalen Kannibalismus“ gleich.

Es sind deshalb mehr denn je gemeinsame Anstrengungen von Bund, Ländern sowie Städten, Gemeinden und Landkreisen notwendig, um neben der Bewältigung der Corona-Krise eine tiefgreifende und lang dauernde kommunale Finanzkrise abzuwenden.

Die Kommunen sind die erste Adresse, wenn es darum geht, sozialen Zusammenhalt in diesem Land zu organisieren. Sie müssen dazu auch während und nach der Corona-Krise in der Lage sein. Ohne ein zusätzliches finanzielles Engagement von Bund und Ländern wird dies nicht möglich sein. Bund und Länder sind deshalb aufgefordert, rasch zu handeln und einen

finanziellen Schutzschirm für die Kommunen aufzuspannen.

Die Regionsversammlung fordert ein Bündel von finanziellen Maßnahmen, das mindestens die folgenden Aspekte umfassen sollte:

■ Die Gewerbesteuer ist die wichtigste eigene gemeindliche Ertragsquelle. Die Corona-Pandemie wird zu drastischen Ausfällen bei der Gewerbesteuer führen. Um die daraus resultierenden Belastungen der kommunalen Haushalte wenigstens

abzumildern, sind die Städte und Gemeinden beginnend mit dem Jahr 2020 von der Pflicht zur Abführung der Gewerbesteuerumlage zu befreien.

■ Weit über die Gewerbesteuer hinaus werden die Kommunen in massivem Umfang von Mehraufwendungen bzw. Mindererträgen betroffen sein. Bund und Länder müssen einen Teil dieser Pandemie-bedingten Sonderlasten übernehmen. Notwendig ist daher eine Sonderzuweisung an die Städte, Gemeinden und Landkreise einschließlich der Region Hannover. Die Höhe dieser Zuweisung muss die Gesamthöhe der zu erwartenden kommunalen Einnahmeherausfälle (eigene Steuereinnahmen, Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer,



Seitens der Bundesregierung wurde inzwischen ein kommunales Hilfsprogramm beschlossen, das wir sehr begrüßen. Dennoch wird diese Resolution dadurch nicht hinfällig, weil Dauer und Kosten uns vermutlich noch etliche Monate, ja eventuell sogar Jahre belasten dürften.

Kommunaler Finanzausgleich) berücksichtigen. Diese kommunalen Verluste sollten mindestens hälftig von Bund und Ländern getragen werden.

■ Die aus der Corona-Krise resultierenden Belastungen

werden die Investitionsspielräume der Kommunen weiter einengen. Dies ist gerade in einer Zeit, in der auf kommunaler Ebene ein dringender Nachholbedarf an Infrastrukturinvestitionen besteht, verhängnisvoll. Um weitere Verschlechterungen der kommunalen Einrichtungs-substanz und die Verschiebung von notwendigen Neubauten zu vermeiden, ist neben Konsum- und Investitionsanreizen für den privaten Sektor auch ein Förderprogramm für kommunale Investitionen erforderlich. Das Programm muss auf einen Zeitraum von wenigstens fünf bis zehn Jahren angelegt und mit einem Mindestvolumen von 25 Mrd. € pro Jahr ausgestattet sein. Wichtig ist eine bürokratiearme Ausgestaltung, für die das KP II oder grundsätzlich auch das KIP II als Vorbild dienen können, um den Aufwand auf allen staatlichen Ebenen gering zu halten.

■ Die Corona-Pandemie kann in vielen Bereichen dazu führen, dass geplante Projekte unterbrochen werden müssen bzw. überhaupt erst verzögert begonnen werden können. Vielfach sind die Kommunen bei Förderprogrammen auf eine Kofinanzierung durch Bund und Land angewiesen. Die Fristen für die Beantragung bzw. Verwendung von Fördermitteln aus bereits bestehenden Töpfen (z.B. Digitalpakt, Förderprogramm Sportstättenanierung, Luftreinhaltprogramm) sind hier unbürokratisch und den veränderten Gegebenheiten entsprechend zu verlängern.

■ Das Land Niedersachsen wird darüber hinaus aufgefor-

dert, eine den neuen Realitäten angepasste Handlungsempfehlung für die Genehmigung kommunaler Haushaltspläne an die Kommunalaufsichtsbehörden herauszugeben.

SPD in der Region Hannover setzt Meilensteine ihres Mobilitätskonzeptes um: Attraktive Maßnahmen für Auszubildende und SeniorInnen zum Jahreswechsel



Frank Straßburger | Verkehrs-politischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion

Die SPD in der Region Hannover hat auf ihrem Unterbezirksparteitag im April 2019 ein umfassendes Konzept für die Mobilität der Zukunft beschlossen. Ziel ist es unter anderem, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) noch attraktiver zu gestalten und zur Sozialverträglichkeit sowie zum Klimaschutz beizutragen. Zwei weitere politische Forderungen der Sozialdemokrat*innen werden nun umgesetzt: Sowohl die Jugendnetzkarte für Auszubildende für monatlich 15 Euro als auch eine Seniorennetzkarte für einen monatlichen Betrag in Höhe von 30 Euro wird eingeführt.

Jugendnetzkarte auch für Auszubildende

Auf Initiative der SPD wurde die Ausweitung des Kreises der Berechtigten für die Nutzung der Jugendnetzkarte auf alle Auszubildenden im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2020 gemeinsam mit dem Koalitionspartner beantragt und von der Regionsversammlung beschlossen. Nun ist zum 1. Januar 2021 die Umsetzung vorgesehen. „Die Jugendnetzkarte war zur Kommunalwahl 2016 unsere Hauptforderung. Wir freuen uns umso mehr, dass zum Jahreswechsel nicht nur Schüler*innen sowie Personen, die ein freiwilliges Jahr absolvieren, von der Jugendnetzkarte profitieren, sondern auch Auszubildende. Damit werden junge Menschen sowie ihre Familien deutlich unterstützt“, sagt Claudia Schübler, Vorsitzende der SPD in der Region Hannover. Frank Straßburger, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion, ergänzt: „Die Jugendnetzkarte wird seit ihrer Einführung am 1. Januar 2018 sehr erfolgreich in Anspruch genommen. Wir freuen uns, dass unser En-

gagement spürbar bei den Einwohner*innen in der Region Hannover ankommt und nun auch junge Personen, die gerade in ihr Berufsleben starten, deutlich günstiger den ÖPNV nutzen können.“

Senioren-Monatskarte 63 plus wird modifiziert und als monatliche Seniorennetzkarte für 30 Euro angeboten

Bisher ist als Berechtigung für die Nutzung der Monatskarte 63 plus nur das Alter (ab Vollendung des 63. Lebensjahres) entscheidend. Mit der jetzt vorgesehenen Modifizierung sollen Rentner*innen/Ruheständler*innen ab dem 60. Lebensjahr die Möglichkeit erhalten, diese kostengünstige Seniorennetzkarte für jetzt 30 Euro zu erwerben. Im Abo wird sie sogar für 25,50 € und als Jahreskarte für 298,80 € angeboten.

„Mit dieser Maßnahme soll – analog zur Jugendnetzkarte – die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs auch für ältere Menschen attraktiver werden. Darüber hinaus ist eine Mitnahmeregelung analog zum Jobticket



Claudia Schübler | Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Region Hannover

vorgesehen“, so Straßburger, Verkehrsexperte der SPD-Regionsfraktion.

Abschließend betont SPD-Chefin Schübler: „Mit sowohl der Jugendnetzkarte für Auszubildende als auch der modifizierten Seniorennetzkarte machen wir als SPD die Nutzung von Bussen und Bahnen in der gesamten Region Hannover attraktiver und setzen uns besonders für diejenigen ein, die sich deutlich teurere Fahrkarten nicht leisten können. Das ist sozialverträgliche Verkehrspolitik, auf die wir als Region Hannover stolz sein können.“

Einführung eines On-Demand-Verkehrssystems – Die Region geht neue Wege zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNVs im ländlichen Raum

Mit im letzten Verkehrsausschuss beschlossenen Drucksache wird vorgeschlagen, in drei Pilotkommunen (Springe, Wedemark und Sehnde) das sogenannte On-Demand-Verkehrssystem zu testen. Dieses Projekt wird die Region Hannover gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen ÜSTRA und regiobus ab Sommer 2021 durchführen.

Dafür wird ein Betreiber mittels Ausschreibung gesucht, der dann den Fahrbetrieb incl. Bereitstellung der Fahr-

zeuge und des Fahrpersonals durchführt.

Das On-Demand-System, d.h. ein ergänzendes ÖPNV-Angebot auf Abruf/Anforderung soll gerade im ländlichen Raum Bestandteil eines ganzheitlichen Mobilitätskonzeptes sein und im Verkehrsverbund GVH mit seinem Verbundtarif integriert werden. Das heißt, auch die Standards des Nahverkehrsplans, wie z.B. die Barrierefreiheit, sollen dabei berücksichtigt werden.

Die drei ausgewählten Testgebiete sind in ihrer Struktur sehr unterschiedlich. In Springe ist eine flächige Anwendung in den Stadtteilen vorgesehen, in der Wedemark soll das Anrufsammeltaxi-Angebot ersetzt und in Sehnde das Linien- und Ruftaxiangebot auf den Linien 371 und 372 ersetzt werden.

„Wir freuen uns sehr, dass mit diesem Projekt ein weiterer Baustein aus dem 10-Punkte-Papier zur Verkehrswende angegangen wird,“ so Frank Straßburger, ver-

kehrspolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion.

Dieses System ist eine sinnvolle Ergänzung zum Regelangebot des GVH. Besonders im ländlichen Raum kann der Linienverkehr kaum noch zu akzeptablen Kosten fahren.

Um die Mobilität in ländlichen Gebieten der Region Hannover auch ohne Auto weiterhin zu ermöglichen und zukunftsfähig zu gestalten, ist diese flexible Bedienform unumgänglich.

Hilfe für die Vereine in der Region während der Corona-Krise



Ulrike Thiele | Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion

Vereine und ehrenamtliches Engagement sind tragende Stützen unserer Gesellschaft. Ohne all die Menschen, die sich in ihrer Freizeit dafür einsetzen, dass es in unserer Gesellschaft ein leben-

diges Vereinswesen mit vielfältigen Angeboten gibt, würde einiges aus den Fugen geraten. Egal, ob kostenlose Nachhilfe, Organisation von Stadtteulfesten, Konzerte oder Kulturveranstaltungen, die Arbeit in unseren Sport- und Schützenvereinen oder das Begleiten von Menschen in Ausnahmesituationen, das ehrenamtliche Engagement in der Region Hannover hat viele Facetten und viele Gesichter.

Durch Corona sind viele dieser Aktivitäten bedroht. Die Vereine kämpfen mit weniger Einnahmen durch ausgefallene Veranstaltungen. Vereins-

austritte und eine sinkende Spendenbereitschaft verschärfen die finanzielle Situation zusätzlich.

Damit die Pandemie nicht zerstört, was die Engagierten teils über Generationen aufgebaut haben, hat die Koalition aus SPD und CDU in der Regionsversammlung die Verwaltung beauftragt, einen Hilfsfonds für Vereine in Höhe von 2 Millionen Euro aufzulegen. Ziel des Fonds ist es, dass ehrenamtliche Strukturen nicht in ihrer Existenz gefährdet werden und nach Ende der Pandemie dort weitermachen können, wo sie bei Beginn von Corona aufgehört haben.

„Das Ehrenamt ist einer der Grundpfeiler unserer Gesellschaft“, so die sport- und kulturpolitische Sprecherin der SPD Regionsfraktion Ulrike Thiele. „Was wir in Zeiten wie diesen am meisten brauchen, ist Zusammenhalt und nichts schafft mehr Zusammenhalt, als sich vor Ort für eine Sache zu engagieren, die einem am Herzen liegt. Mit diesem Antrag stellen wir uns deshalb hinter all die engagierten Bürgerinnen und Bürger der Region Hannover und zeigen ihnen, wie wichtig uns ihre Arbeit ist.“

Die SPD-Regionsfraktion begrüßt das Programm zur Aufrechterhaltung des künstlerischen Lebens in der Region Hannover

„Jetzt heißt es unbürokratisch Aushelfen und genau das tun wir mit dem Hilfsprogramm zur Aufrechterhaltung des künstlerischen Lebens“, sagt Ulrike Thiele, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion. Die SPD unterstützt damit ausdrücklich den Beschlussvorschlag der Verwaltung, welcher eine Fördersumme in Höhe von 150.000 Euro vorsieht, um freischaffende Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturvereine in der Region dabei zu unterstützen, ihre finanziellen Ausfälle durch die Corona-Krise zu kompensieren. „Wir alle haben das vielfältige kul-

turelle und künstlerische Angebot in der Region Hannover vor der Corona-Krise sehr genossen – deshalb müssen wir nun dafür sorgen, dass es möglichst viele selbstständige Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturvereine durch diese Krise schaffen“, erklärt Thiele.

Das Hilfsprogramm wird von der Region Hannover dreigleisig geplant:

Erstens beteiligt sich die Region vom 09.05. bis zum 31.05.2020 in Höhe von 11.000 Euro an der Finanzierung von Live-Konzerten im Internet-Stream „Local Players in

Concert“, die wöchentlich viermal auf www.welcome-home.de aus dem Tonstudio des MusikZentrums gestreamt werden.

Zweitens investiert die Region in eigene Kulturveranstaltungen und Kooperationen. So sollen etwa im Amtsgarten des Schloss Landestrost in Neustadt in den Sommermonaten eine Open-Air-Bühne für Konzerte installiert werden und im Theaterinnenhof zwischen Schauspielhaus und Künstlerhaus ein Bühnenprogramm unter Einbindung der hiesigen Kunst- und Kulturschaffenden stattfinden. Alles

selbstverständlich unter Einhaltung der zu erwartenden Abstands- und Hygieneregulungen.

Drittens unterstützt die Region kleine Kulturveranstaltungen und Konzerte, die für diesen Sommer bereits geplant sind, nun aber auf der Kippe stehen.

„Mit diesem Programm ist der Verwaltung ein guter Dreiklang gelungen, der es lokalen Kunst- und Kulturschaffenden ermöglicht, endlich wieder aufzutreten und ihren Lebensunterhalt durch ihre Kunst zu bestreiten“, so Thiele.

Sprache als Schlüssel für betriebliche und gesellschaftliche Integration



Regina Hogrefe | Sprecherin für Wirtschaft und Beschäftigung der SPD-Regionfraktion

Eine Ausbildung ist ein entscheidender Baustein für die gelungene Integration von Zugewanderten. Ohne

fundierte Sprachkenntnisse fällt es jedoch oft schwer, eine passende Ausbildung zu finden, beziehungsweise abzuschließen. Für die SPD Regionsfraktion ist deshalb klar, dass Sprache ein Türöffner für die gelungene Integration ist und Ausbildungsfähigkeit ermöglicht. Eine Ausbildung führt zu finanzieller Unabhängigkeit, welche nötig für ein selbstbestimmtes Leben ist und ein Miteinander auf Augenhöhe überhaupt erst ermöglicht.

Damit fehlende Sprachkenntnisse einer Ausbil-

dung nicht im Wege stehen hat der Regionale Bildungsbeirat ein Programm ins Leben gerufen, bei dem Zugewanderte bereits im Vorfeld ihrer Berufsausbildung einen individuell angepassten Sprachkurs absolvieren können. In Kombination mit ausbildungsbegleitenden Sprachkursen können Hürden vermieden und eine gelungene Integration unterstützt werden. Interessierte Betriebe können sich bei der Koordinierungsstelle ALBuM melden. Die SPD-Regionsfraktion unterstützt das Projekt ausdrücklich und bietet bei Bedarf an,

zwischen den Betrieben und dem Projekt zu vermitteln. „Kommunikation ist der Schlüssel zum Erfolg. Das gilt sowohl im Betrieb, als auch in der Gesellschaft insgesamt. Mit den neuen Sprachförderkursen schafft der Regionale Bildungsbeirat jetzt einen weiteren Baustein mit dem wir in der Region dafür sorgen, dass die Integration von Zugewanderten bei uns zu einer Erfolgsgeschichte wird“, so Regina Hogrefe, wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD Regionsfraktion.

Abstimmungsvereinbarungen Verpackungsgesetz – Sammlung von Leichtverpackungen

In den sogenannten Abstimmungsvereinbarungen werden die Rahmenbedingungen der zukünftigen Sammlung der Leichtverpackungen (LVP) verhandelt. Das betrifft sowohl die Art und Größe der Sammelgefäße (Sack oder Tonne), sowie auch den Abfuhrhythmus. Diese sind dann wiederum Grundlage für die Ausschreibungen, an denen sich aha auch beteiligen kann. Für die Region Hannover gibt es zwei Vertragsgebiete – die Landeshauptstadt Hannover und das Umland – für die aha als öffentlich-rechtlicher Entsorger für die Abstimmung mit den dualen Systemen zuständig ist. Die alten Abstimmungen sind aus den 90er Jahren und betreffen grundsätzliche Maßnahmen zur Sammlung von Leichtverpackungen – zurzeit der „Gelbe Sack“. Da die Übergangsregelung des neuen Verpackungsgesetzes zum Ende des Jahres endet, muss es bis

dahin eine neue Abstimmungsvereinbarung geben. Erreicht werden soll jetzt, für das Stadtgebiet der Landeshauptstadt Hannover zum 1. Januar 2023 eine Leichtverpackungstonne einzuführen. Für das Gebiet des Umlands von Hannover soll die Einführung der Tonne für den darauffolgenden Ausschreibungszyklus 2025-2027 verhandelt werden.

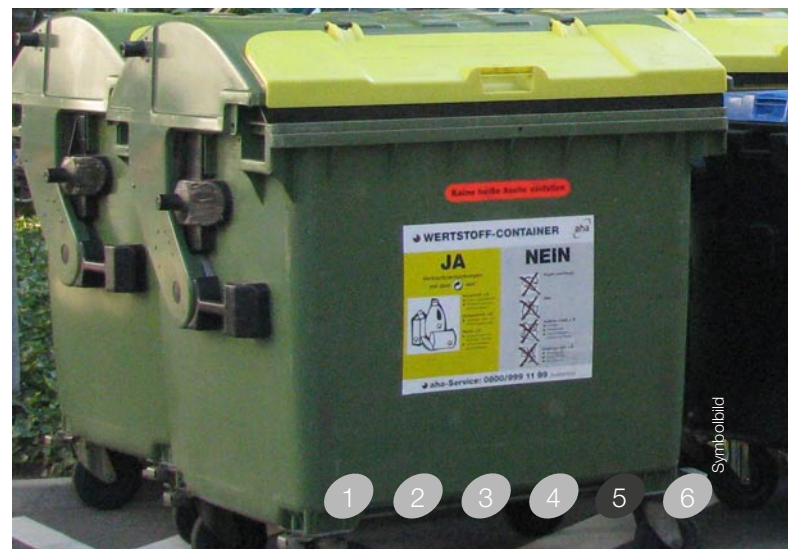
Nach intensiver Diskussion – sowohl mit unseren Vertreterinnen und Vertretern in den Regionalkommunen als auch mit unserem Koalitionspartner – wurde jetzt im Ausschuss für Abfallwirtschaft mit großer Mehrheit der Verhandlungsauftrag für aha mit den gemeinsamen Vertretern der dualen Systeme zu zwei neuen Abstimmungsvereinbarungen, erteilt.

„Wir haben uns sehr für die Einführung der „gelben Tonne“ eingesetzt. Ein Ende der

„Sackabfuhr“ ist ein wichtiger Meilenstein zur Reduzierung von Plastikmüll und damit ein wesentlicher Beitrag zu Umwelt- und Klimaschutz. Darüber hinaus liegt uns auch die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehr am Herzen, die durch eine Tonneneinführung deutlich weniger belastet werden. Um den besonderen Anforderungen von Wohngebieten mit verdichteter Bebauung Rechnung zu tragen, haben wir darauf gedrungen, dass aha einen flächen-

deckenden einwöchigen Abholrhythmus und eine Behältervielfalt ab 120 Liter verhandelt“, so Regina Hogrefe, die stellvertretende Sprecherin für Abfallwirtschaft.

Das Ergebnis der Verhandlungen wird voraussichtlich im Ausschuss für Abfallwirtschaft am 29. Oktober 2020 in Form einer Beschlussrucksache mit den Eckpunkten der Abstimmungsvereinbarungen vorgelegt.



SPD-Regionsfraktion besucht Ausbildungslotsin an der IGS Bothfeld



Der Übergang von der Schule in den nächsten Lebensabschnitt kann schwer und mit vielen Unsicherheiten belastet sein. Ausbildungslotsen helfen Schülerinnen und Schülern, sich in diesem Dschungel an Möglichkeiten zurechtzufinden und die eigenen Ziele zu verwirklichen. In klassenübergreifenden Gruppen können etwa Betriebe besucht, und so ein Einblick in verschiedene Berufsfelder gewonnen werden. Parallel hierzu gibt es individuelle Unterstützung bei der Suche nach Praktika oder

Ausbildungsstellen und auch Hilfe bei der Erstellung der Bewerbungsunterlagen ist möglich. Die Lotsen sind ein fester Bestandteil der Schulstruktur, jederzeit ansprechbar, fungieren als Vertrauenspersonen und können in dieser oft mit Unsicherheit belasteten Zeit eine echte Orientierungshilfe sein. Gleichzeitig sind sie eine Schnittstelle zu den Betrieben.

Um sich einen Überblick in die Arbeitsweise der Ausbildungslotsen zu verschaffen, hat die AG Berufliche

Bildung und Qualifizierung der SPD-Regionsfraktion zusammen mit der Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack, Sprecherin für Arbeit und Soziales, die IGS Bothfeld besucht und sich dort gemeinsam mit der didaktischen Leiterin Heidi Ott, der Ausbildungslotsin Alina Schwindkowski und dem Träger Pro Beruf über das Projekt informiert. Neben Einblicken in die Praxis wurde dabei auch über die Zukunft des Projekts gesprochen.

„Die Ausbildungslotsen sind ein unschätzbare Gewinn für die Region“, so Regina Hogrefe, Sprecherin für das Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit der SPD-Regionsfraktion. „Sie unterstützen in einer schwierigen Lebensphase und helfen als Vertrauensperson, den Übergang in die neue Lebensphase erfolgreich zu meistern.“

Die SPD-Fraktion
trauert um ihr
langjähriges Mitglied
Wolfgang Schiemann



Am 29. Mai 2020 verstarb
Wolfgang Schiemann.

Er war von
2001 bis 2011 für den
Regionwahlbereich 1 |
Hannover-Mitte

Mitglied in der
Regionsversammlung
für die SPD und von
2004 bis 2011
der umwelt- und
klimapolitische Sprecher
der SPD-Regionsfraktion
Hannover.

Die SPD-Fraktion
wird ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.

Unsere Anteilnahme gilt
seiner Familie.

In der Krise halten Frauen die Gesellschaft am Laufen – Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt



Cornelia Busch | Gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion

Corona trifft Frauen besonders hart. Häusliche Gewalt, Sorgearbeit, schlechte Arbeitsbedingungen und Existenzängste steigen.

Die Hauptlast der Corona-Krise tragen die Frauen! Es sind vor allem sie, die in

systemrelevanten Berufen arbeiten – in Krankenhäusern, im Lebensmitteleinzelhandel, in Kindergärten, Vorschulen und Schulen. Frauen sind in diesen Tätigkeiten während der Pandemie einem erhöhten Infektionsrisiko sowie psychischen und physischen Belastungen ausgesetzt.

Neben den oben genannten Berufsgruppen sind viele Frauen in unsicheren und schlecht bezahlten Berufen in der Dienstleistungsbranche tätig, wie z. B. in der Gastronomie oder in Minijobs. Durch den durch Corona erzwungenen „Lockdown“ fallen als erstes diese Jobs massenhaft weg.

Die Pflege von Familienmitgliedern und die Kinderbetreuung übernehmen meist Frauen. Während dieser Zeit können die betroffenen Frauen nicht mehr in vollem Umfang einer bezahlten Arbeit nachgehen, was unmittelbar und langfristig erhebliche ökonomische Konsequenzen haben kann.

Home-Office: prinzipiell gut, aber in der Realität machen mehrheitlich die Frauen das „Home“ und die Männer das „Office“. Alte traditionelle Rollenmuster werden dadurch nicht nur wiederbelebt, sondern verfestigt. Allein-

erziehende haben sowieso schon eine Mehrbelastung – wenn dann auch noch unterstützende Familienangebote und Betreuungsangebote wegfallen, verschärft sich nicht nur die psychische Situation, sondern auch die finanzielle.

Impressum

Herausgeberin: SPD-Regionsfraktion Hannover
Hildesheimer Straße 20 | 30169 Hannover
fon: 0511/616 - 22192 | fax: 0511/616 - 22498
eMail: spd@regionsversammlung.de
www.spd-regionsfraktion-hannover.de

Verantwortlich: Silke Gardlo | Fraktionsvorsitzende

Bildnachweise:
S. 3 Claudia Schüssler: Focke Strangmann
S. 6 Kerstin Tack

Alle Porträtaufnahmen: Rechte bei den Abgebildeten |
Fotos: Blickpunkt Photodesign, Bödeker
Alle weiteren Fotos: SPD-Regionsfraktion Hannover